

Vorgesehen für: Lucian Kern u. Thomas Schmidt, *Angewandte Spieltheorie*, München-Wien: R. Oldenbourg (im Erscheinen)

Ökonomische Theorie der Demokratie

Die *Ökonomische Theorie der Demokratie* faßt den politischen Prozeß in der Demokratie als ein Verfahren auf, das in Wahlen kulminiert, durch die die politischen Parteien gezwungen werden, die Präferenzen der Wähler für eine bestimmte Politik oder für ein bestimmtes Wahlergebnis zu berücksichtigen. Politische Parteien stehen so in einem konkurrierenden Kampf um Wählerstimmen. Ihr Ziel ist die Maximierung der Wählerstimmen, um dadurch an die Regierung zu gelangen. Dieser politische Prozeß kann entscheidungslogisch modelliert werden. Um das entsprechende Modell möglichst einfach zu halten, wollen wir es auf vier Grundbegriffe beschränken: Parteien, Wähler, Alternativen und Programme. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension, die politische Prozesse haben, setzen wir vereinfachend voraus, daß jeweils am Ende eines festen Zeitintervalls (Legislaturperiode) gewählt wird und der Gewinner der Wahl für das nächstfolgende Zeitintervall die Regierung bildet. Wir gehen zunächst von einem Zwei-Parteien-System nach amerikanischem Muster aus.

- Parteien:** P ist die Menge der Parteien. Da ein Zwei-Parteien-System angenommen wird, bezeichnet p_1 die jeweilige Regierungspartei und p_2 die Oppositionspartei. Die 'Nicht-Partei' p_0 ist ein weiteres Element in P . Enthält sich ein Wähler der Stimme, so wählt er p_0 . Demnach ist $P = \{p_0, p_1, p_2\}$, $p \in P$.
- Wähler:** W ist die Menge der Wähler mit $w_i \in W$ und ist endlich, so daß $W = \{w_1, w_2, \dots, w_n\}$, $i = 1, 2, \dots, n$.
- Alternativen:** A bezeichnet die Menge der möglichen Alternativen, Handlungen oder Maßnahmen a, a', a'', \dots , die die Regierungs- oder Oppositionspartei durchgeführt hat oder durchführen könnte, so daß $A^0 = \{a, a', a'', \dots\}$.
- Programme:** Bei der Formulierung von Programmen durch die Parteien sind die Elemente von A einzelne Programmpunkte. Da die Parteien sie unterschiedlich zu Programmen bündeln, ist $A^* = \{A_1, A_2\}$ die Menge der beiden Programme (der beiden Parteien), wobei A_1 und A_2 geordnete Mengen mit Elementen aus A^0 sind.

A bzw. A^* umfaßt nicht nur Alternativen, die die Parteien zu Programmen bündeln (mit dem Versprechen, sie als regierende Partei zu realisieren), sondern auch Alternativen, die die Parteien während der Legislaturperiode, die mit der Wahl endet, als politische Maßnahmen durchgeführt haben. Diese Alternativen sind Elemente der Menge A . Daher hat man sich A_1 und A_2 als *Gesamtbild* der Parteien aus konkreter Politik und politischen Versprechungen zum Ende einer Legislaturperiode vorzustellen. Dabei soll die Kennzeichnung der Mengen A_1 bzw. A_2 als geordnete Mengen die Prioritätensetzung der Parteien hinsichtlich ihrer Programmpunkte wiedergeben: Der für die einzelne Partei wichtigste Programmpunkt ist das erste Element aus A_1 oder A_2 , der nächstwichtigste Programmpunkt das zweite Element usw.

Reichen diese wenigen Grundbegriffe als Bausteine demokratischer politischer Prozesse aus? Das ist der Fall, wenn man sich auf die Sicht der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* einläßt, die den politischen Prozeß auf die Frage der Nutzenmaximierung der Wähler (durch Wahl einer Partei) und der Stimmenmaximierung der Politiker (durch Wahl eines Programms) zuspitzt. Dann sind die Wähler auf der einen und die Politiker bzw. Parteien auf der anderen Seite die einzig relevanten Akteure und die zu Programmen gebündelten, verfügbaren oder realisierten Alternativen die entscheidenden 'Waren', die am politischen Markt den Wählern die Nutzenmaximierung und den Parteien die Stimmenmaximierung erlauben.

Für die Grundbegriffe sind einige funktionale Abhängigkeiten zu formulieren, die diese miteinander verknüpfen. Auch dabei wird so sparsam wie möglich vorgegangen und z.B. keine Nutzenfunktion für die Parteien formuliert, da diese nur eine Vermittlerrolle bei der Auswahl der Programme durch die Parteien spielt.

Wahlergebnis: Eine Partei wird nur durch eine Wahl zur regierenden Partei. Das spiegelt sich in der Funktion f_{ERG} wieder, die die Menge der Parteien in eine Einermenge von Parteien abbildet, so daß

$$f_{\text{ERG}}: P \rightarrow \{p\}, p \in P.$$

Programme: Um Wahlen zu gewinnen, bündeln die beiden Parteien die verfügbaren Alternativen (Handlungsmöglichkeiten, politische Maßnahmen u.ä.) zu Programmen; f_{PRO} ist demnach eine Funktion, die die Menge der Parteien in die Menge A^* abbildet, so daß

$$f_{\text{PRO}}: P \ni p \rightarrow A \in A^*.$$

Die Programme A_1 und A_2 der beiden Parteien enthalten in geordneter Folge eine Reihe von Alternativen (Programmpunkte): a, a', a'' etc., die Elemente der Menge A sind, jedoch in unterschiedlicher Zusammensetzung bzw. Gewichtung; $f_{\text{PRO}}(p) = A_1$ heißt demzufolge, daß die Partei p das Bündel von Alternativen A_1 als Programm ausgewählt hat.

Wahlentscheidung: Die individuelle Wahlentscheidung ist eine Funktion f_{WAHL} , die die Menge der Wähler in die Menge der Parteien abbildet, so daß

$$f_{\text{WAHL}}: W \ni w_i \rightarrow p \in P.$$

Dabei ist die 'Nicht-Partei' p_0 Element von P . Daher kann das Ergebnis der individuellen Wahlentscheidung $f_{\text{WAHL}}(w_i) = p$ sein, wenn sich w_i für eine Partei p entscheidet, aber auch $f_{\text{WAHL}}(w_i) = p_0$, wenn w_i sich der Stimme enthält.

Nutzen der Wähler: Der Nutzen U , den die Wähler von den jeweiligen Parteiprogrammen haben, ist eine Funktion f_U , die das Kartesische Produkt der Menge der Wähler und der Parteiprogramme in die Menge der positiven reellen Zahlen abbildet, so daß

$$f_U: W \times A^* \ni w_i \times A \rightarrow r \in \mathbf{R}^+.$$

Der Nutzen, den ein Wähler w_i z.B. von einem Programm A_1 hat, also $f_{U(w_i)}(A_1)$, wird daher als reelle Zahl ausgedrückt. Die Frage ist natürlich, was diese reelle Zahl als Ausdruck für den Nutzen der Wähler aus den Programmen der Parteien bedeuten kann. Es ist sehr zu bezweifeln, daß diese reelle Zahl einen Nutzen für die Wähler wiedergibt, wie ihn Ökonomen üblicherweise begreifen, denn das würde einigen Ergebnissen der Wahlforschung widersprechen. Wir fassen diesen Nutzen daher als *von Neumann/Morgenstern-Nutzen* und gehen davon aus, daß dieser Nutzenbegriff eine kardinale Repräsentation individueller Präferenzen bezüglich der Programme der Parteien darstellt, die interpersonell nicht vergleichbar ist.

Das Modell enthält nur die vier Funktionen Wahlergebnis, Programme, Wahlentscheidung und Nutzen der Wähler. Auch hier kann man fragen, ob das ausreicht, und auch hier kann die Frage bejaht werden, wenn man sich entsprechend dem Ansatz der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* auf den Wahlprozeß konzentriert, d.h. auf den politischen Prozeß, durch den eine Partei an die Regierung gelangt.

Die vier Funktionen werden nun durch bestimmte Annahmen näher spezifiziert. Ohne eine derartige Spezifizierung wüßten wir aufgrund der Funktion f_{ERG} beispielsweise nur, daß irgendeine Partei nach der Wahl die Regierung bilden wird, nicht aber, welche Partei unter welcher Voraussetzung. Diese Voraussetzung formuliert die erste Annahme, mit der das Mehrheitsprinzip eingeführt wird.

Annahme 1 (**Mehrheitsprinzip**):

$$\forall p \in P: [f_{\text{ERG}} = p_1 \Leftrightarrow \#\{w_i | f_{\text{WAHL}}(w_i) = p_1\} > \#\{w_i | f_{\text{WAHL}}(w_i) = p_2\}], w_i \in W.$$

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß im Modell nicht nur ein reines Zwei-Parteien-System nach amerikanischem Muster vorausgesetzt wird, sondern auch das angelsächsische Mehrheitswahlrecht (*majority vote*).

Danach gewinnt der (einzige) Kandidat einer Partei im Wahlkreis, wenn er mehr Stimmen bekommt als jeder andere Kandidat (der anderen Parteien)– wie gering auch immer der Abstand zum nächsten Kandidaten sein mag.

Die zweite Annahme bestimmt die Funktion f_{PRO} näher, d.h. sie gibt die Voraussetzung an, unter der die Parteien ihre Programme auswählen. Damit wird die Stimmenmaximierung der Parteien eingeführt.

Annahme 2.A (Stimmenmaximierung der Parteien):

$$\forall p \in P, \forall A \in A^*: [[\#\{w_i \mid f_{U(w_i)}(A_1) > f_{U(w_i)}(A_2)\} > \#\{w_i \mid f_{U(w_i)}(A_2) > f_{U(w_i)}(A_1)\}] \Rightarrow f_{\text{PRO}}(p) = A_1], w_i \in W.$$

Diese Annahme ist als Implikation formuliert, was bedeutet, daß die Stimmenmaximierung der Parteien als antizipierende Vermutung der Parteien über die Verteilung der Wählerpräferenzen hinsichtlich der Parteiprogramme erfolgen wird.

Nun hatten wir schon angemerkt, daß die Annahmen der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* hier eine Lücke haben: Sie enthalten zwar eine Annahme darüber, wie Parteien auf Veränderungen der Wählerpräferenzen reagieren, aber keine darüber, wie Wähler auf Veränderungen der Parteiprogramme antworten. Um das einzuführen, kehren wir die obige Implikation 2.A um und erhalten so die Annahme 2.B über die Attraktivität der Parteien für die Wähler.

Annahme 2.B (Attraktivität der Parteien):

$$\forall p \in P, \forall A \in A^*: [f_{\text{PRO}}(p) = A_j \Rightarrow [\#\{w_i \mid f_{U(w_i)}^*(A_j) > f_{U(w_i)}^*(A_s), s = 1, \dots, t\} > \#\{w_i \mid f_{U(w_i)}^*(A_s) > f_{U(w_i)}^*(A_j), s = 1, \dots, t\}], w_i \in W.$$

Diese Annahme besagt, daß es auch eine (positive) Reaktion der Wähler auf Veränderungen bei den Parteiprogrammen gibt. Die beiden Annahmen 2.A und 2.B lassen sich zu folgender Äquivalenz zusammenziehen.

Annahme 2 (Stimmenmaximierung und Attraktivität der Parteien):

$$\forall p \in P, \forall A \in A^*: [f_{\text{PRO}}(p) = A_1 \Leftrightarrow [\#\{w_i \mid f_{U(w_i)}(A_1) > f_{U(w_i)}(A_2)\} > \#\{w_i \mid f_{U(w_i)}(A_2) > f_{U(w_i)}(A_1)\}]], w_i \in W.$$

Die dritte Annahme schließlich führt die Nutzenmaximierung der Wähler ein. Sie formuliert damit die Voraussetzung, unter der die Wähler eine bestimmte Partei wählen. Diese Voraussetzung ist das **Parteidifferential** im Sinne der *Ökonomischen Theorie der Demokratie*. Annahme 3 beinhaltet zwei Teile, (a) und (b), da auch der Fall der Stimmenthaltung berücksichtigt werden muß.

Annahme 3 (Nutzenmaximierung der Wähler):

- (a) $\forall p \in P, \forall A \in A^*: [f_{WAHL}(w_i) = p_1 \Leftrightarrow [f_{PRO}(p_1) = A_1 \wedge f_{PRO}(p_2) = A_2 \wedge f_{U(w_i)}(A_1) > f_{U(w_i)}(A_2)]]$, $w_i \in W$.
- (b) $\forall p \in P, \forall A \in A^*: [f_{WAHL}(w_i) = p_0 \Leftrightarrow [f_{PRO}(p_1) = A_1 \wedge f_{PRO}(p_2) = A_2 \wedge f_{U(w_i)}(A_1) = f_{U(w_i)}(A_2)]]$, $w_i \in W$.

Das vereinfachte Modell umfaßt also vier Grundbegriffe: Parteien, Wähler, Alternativen und Programme. Dazu kommen vier Funktionen, wobei f_{ERG} die Regierungspartei festlegt, f_{PRO} die Programme der Parteien, f_{WAHL} die individuelle Wahlentscheidung und f_U den Nutzen der Wähler aus den Parteiprogrammen. Diese werden durch drei Annahmen näher spezifiziert. Dabei führt Annahme 1 die Mehrheitswahl ein, Annahme 2 die Maximierung der Stimmen durch die Parteien bei der Auswahl ihrer Programme sowie die Attraktivität der Parteien für die Wähler und Annahme 3 die Maximierung der Nutzen der Wähler bei der Wahlentscheidung.

Angesichts der Kritik, die das Modell der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* erfahren hat und die argumentiert, daß für individuelles Wahlverhalten die persönliche Interessenmaximierung in einem ökonomischen Sinne weder das einzige, noch in vielen Fällen das ausschlaggebende Motiv gewesen ist (wie auch Ergebnisse der Wahlforschung zeigen), ist darauf hinzuweisen, daß unser Modell einen *von Neumann/Morgenstern-Nutzen* voraussetzt, der eine kardinale und interpersonell nicht vergleichbare Repräsentation der Präferenzen der Individuen bezüglich der Programme der Parteien darstellt. Das ist ohne weiteres verträglich damit, daß eine Person andere als rein eigeninteressierte, ökonomische Gründe haben kann, ein Programm einer Partei einem Programm einer anderen vorzuziehen.

Überdies fängt das Modell mit den in der Annahme 2 zusammengefaßten Annahmen 2.A und 2.B zugleich den gegenüber der Downs'schen Konstruktion geäußerten kritischen Punkt auf, daß es neben dem Einfluß der Wählerpräferenzen auf die Parteiprogramme auch einen Einfluß der Wahl der Parteiprogramme auf die Wählerpräferenzen geben müsse.

Unser Modell der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* setzt ein Zwei-Parteien-System mit Mehrheitswahl voraus. Es ist also nur auf wenige Staaten anwendbar. Soll dieses Modell nun für ein Mehrparteien-System mit Verhältniswahl adaptiert werden, sind einige Änderungen erforderlich. Bei den Grundbegriffen müssen die Definitionen der Parteien und Programme geändert werden. Im folgenden werden nur die geänderten Grundbegriffe näher erläutert.

Parteien*: P bezeichnet die Menge der Parteien; $p_1, p_2, \dots, p_m, j = 1, \dots, m$, sind die einzelnen Parteien. Ein Wähler, der sich der Stimme enthält, wählt die 'Nicht-Partei' p_0 , so daß $P = \{p_0, p_1, \dots, p_m\}$.

Wähler*: Entspricht **Wähler** (siehe oben)

Alternativen*: Entspricht **Alternativen** (siehe oben)

Programme*: Elemente von A , der Menge der möglichen Alternativen, $A = \{a, a', a'', \dots\}$, sind im Zusammenhang der Formulierung von Parteiprogrammen Programmpunkte, die die Parteien unterschiedlich zu Programmen bündeln, so daß $A^* = \{A_1, A_2, \dots, A_m\}, j = 1, \dots, m$, mit $A_j \in A^*$ als geordneter Menge von Elementen aus A .

Auch die Funktionen müssen teilweise umformuliert, d.h. dem Sachverhalt angepaßt werden, daß in einem Mehrparteien-System aufgrund des Verhältniswahlrechts (*proportional vote*) mehr als zwei Parteien Stimmen und Mandate erhalten können.

Wahlergebnis*: Die Funktion f_{ERG} , die das Wahlergebnis bestimmt, ändert sich zu f^*_{ERG} , da nunmehr *alle* Parteien, die Kandidaten aufstellen, einen bestimmten Anteil r an Mandaten erhalten.

$$f^*_{\text{ERG}}: P \ni p \rightarrow r \in \mathbf{R}^+; r_1, \dots, r_m, j = 1, \dots, m, \sum r_j = 1.$$

Programme*: f^*_{PRO} entspricht f_{PRO} (siehe oben).

Wahlentscheidung*: f^*_{WAHL} entspricht f_{WAHL} (siehe oben).

Nutzen der Wähler*: f^*_U entspricht f_U (siehe oben).

Die Funktionen müssen darüber hinaus um die Funktion der Regierungsbildung ergänzt werden, da nach Wahlen in Mehrparteien-Systemen mit Verhältniswahlrecht in der Regel nicht unmittelbar die Regierungspartei feststeht (es sei denn, eine der Parteien gewinnt die absolute Mehrheit). Es müssen demnach Koalitionen von Parteien gebildet werden.

Regierungsbildung*: Eine Koalition von Parteien, die die Regierung bildet, ist jede Teilmenge von P , die einen Anteil r von mehr als 0,5 (oder 50 %) an den Mandaten erreicht.

$$f^*_{\text{REG}}: P \times \mathbf{R}^+ \ni p \times r \rightarrow P^* \in \mathbf{P}(P); P^* = \{p_1, \dots, p_l\}, k = 1, \dots, l, \text{ so daß } \sum r_k > 0,5.$$

Veränderungen sind auch bei den Annahmen erforderlich, da das Mehrheitsprinzip durch das Verhältnisprinzip ersetzt wird und die Annahmen der Stimmenmaximierung der Parteien, der Attraktivität der Parteien sowie der Nutzenmaximierung der Wähler entsprechend anzupassen sind.

Annahme 1* (**Verhältnisprinzip**):

$$\forall p \in P: [[\#\{w_i \mid f^*_{\text{WAHL}}(w_i) = p_j\} / \#\{w_i\} = r_j] \Rightarrow f^*_{\text{ERG}}(p_j) = r_j], w_i \in W.$$

Annahme 2.A* (**Stimmenmaximierung der Parteien**):

$$\forall p \in P, \forall A \in A^*: [[\#\{w_i \mid f^*_{U(w_i)}(A_j) > f^*_{U(w_i)}(A_s), s = 1, \dots, t\} > \#\{w_i \mid f^*_{U(w_i)}(A_s) > f^*_{U(w_i)}(A_j), s = 1, \dots, t\}] \Rightarrow f^*_{\text{PRO}}(p_j) = A_j], w_i \in W.$$

Entsprechend der Vorgehensweise im Zwei-Parteien-Modell stellen wir dieser Annahme, die eine (antizipierende) Reaktion der Parteien auf die Wählerpräferenzen bedeutet, die umgekehrte Implikation gegenüber, die heißt, daß die Wähler auch auf Veränderungen der Programmwahl durch die Parteien reagieren, und bezeichnen diese als Attraktivität der Parteien.

Annahme 2.B* (**Attraktivität der Parteien**):

$$\forall p \in P, \forall A \in A^*: [f^*_{\text{PRO}}(p_j) = A_j \Rightarrow [\#\{w_i \mid f^*_{U(w_i)}(A_j) > f^*_{U(w_i)}(A_s), s = 1, \dots, t\} > \#\{w_i \mid f^*_{U(w_i)}(A_s) > f^*_{U(w_i)}(A_j), s = 1, \dots, t\}]], w_i \in W.$$

Die Implikationen 2.A* und 2.B* lassen sich wie folgt zu einer Äquivalenz zusammenziehen.

Annahme 2* (**Stimmenmaximierung und Attraktivität der Parteien**):

$$\forall p \in P, \forall A \in A^*: [f^*_{\text{PRO}}(p_j) = A_j \Leftrightarrow [\#\{w_i \mid f^*_{U(w_i)}(A_j) > f^*_{U(w_i)}(A_s), s = 1, \dots, t\} > \#\{w_i \mid f^*_{U(w_i)}(A_s) > f^*_{U(w_i)}(A_j), s = 1, \dots, t\}]], w_i \in W.$$

Annahme 2* formuliert also den gegenseitigen Einfluß der Parteiprogramme auf die Wählerpräferenzen und der Wählerpräferenzen auf die Wahlprogramme. Das ist zu ergänzen um die nachfolgende Annahme 3*, die die Nutzenmaximierung der Wähler in das Mehrparteien-Modell einführt.

Annahme 3*: (**Nutzenmaximierung der Wähler**):

$$\forall w_i \in W, \forall p \in P, \forall A \in A^*: [f^*_{\text{WAHL}}(w_i) = p_j \Leftrightarrow [f^*_{\text{PRO}}(p_j) = A_j \wedge f^*_{U(w_i)}(A_j) > f^*_{U(w_i)}(A_s), s = 1, \dots, t]].$$

Das Modell für das Mehrparteien-System ist naturgemäß etwas komplexer als das Zwei-Parteien-Modell. Es umfaßt die Grundbegriffe Parteien*, Wähler*, Alternativen* und Programme*. Diese werden durch die Funktion f^*_{ERG} , die das Wahlergebnis wiedergibt, die Funktion f^*_{PRO} , die die Programmentscheidung der Parteien darstellt, die Funktion f^*_{WAHL} , die die Wahlentscheidung der Wähler bestimmt, die Funktion f^*_U , die den Nutzen der Wähler aus den Programmen der Parteien angibt,

sowie die zusätzliche Funktion f^*_{REG} , die die Regierungsbildung präzisiert, miteinander verknüpft.

Die Annahmen 1* bis 3* schließlich spezifizieren diese funktionalen Verknüpfungen, indem die Annahme 1* das Verhältnisprinzip bei der Wahl in Mehrparteiensystemen einführt, die Annahme 2* die Stimmenmaximierung und Attraktivität der Parteien unter dieser Voraussetzung formuliert, wobei die Annahme ebenso einen Einfluß der Wählerpräferenzen auf die Parteiprogramme (Annahme 2.A*) wie einen Einfluß der Parteiprogramme auf die Wählerpräferenzen (Annahme 2.B*) postuliert, und die Annahme 3* die Nutzenmaximierung der Wähler bei Auswahl unter mehreren Programmen der Parteien darstellt.

Das Modell gibt so die Voraussetzungen und Bedingungen der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* von Downs in vereinfachter Form vollständig wieder. Es wird aber auch deutlich, daß das Modell in einem Sinne unterspezifiziert ist: Es ist in diesem Rahmen kaum möglich, die genauen Bedingungen für das sich herausbildende Gleichgewicht zwischen der Reaktion der Wählerpräferenzen auf die Wahl der Parteiprogramme und der Reaktion der Wahl der Parteiprogramme auf die Wählerpräferenzen anzugeben. Wir können dazu nur auf die in den nachfolgenden Anmerkungen angegebene Literatur verweisen.

Literatur

Downs (1957), Dreier (1994), Enelow & Hinich (1984), Enelow & Hinich (1990), Grofman (1995), Hinich & Munger (1997), Ordeshook (1992)

Anmerkungen

Das hier dargestellte Modell der *Ökonomischen Theorie der Demokratie* geht zurück auf eine Rekonstruktion der Theorie von Downs mit den Mitteln der strukturalistischen Wissenschaftstheorie, die Dreier (1994) vorgelegt hat. Unser Modell ist demgegenüber wesentlich einfacher und entscheidungslogisch formuliert. Alternative Modelle haben Besley & Coate (1997) und Osborne & Slivinski (1996) entwickelt, in denen jedoch statt der Parteien Kandidaten figurieren, die aber Bedingungen für die im letzten Absatz angesprochenen Gleichgewichte angeben. Zum hier eingeführten *von Neumann/Morgenstern-Nutzen* als kardinale Repräsentation der Wählerpräferenzen hinsichtlich der Parteiprogramme s. Kern & Nida-Rümelin (1994), Abschn. 2.1.

Die dem Modell, bzw. der Theorie zugrundeliegenden Annahmen, wie das Medianwählerresultat und das Parteidifferential werden diskutiert in Enelow & Hinich (1984, 1990), Grofman (1993), Hinich & Munger (1997), Kern & Nida-Rümelin (1994), bes. Kap. 7, sowie Ordeshook (1992).

Bibliographie

- Besley**, Timothy, und **Coate**, Stephen (1997), An Economic Model of Representative Democracy, in: *Quarterly Journal of Economics*, Bd. 112, S. 85-114
- Downs**, Anthony (1957), *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row; (Dt. u. d. Titel: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen: Mohr Siebeck 1968)
- Dreier**, Volker (1994), 'Rational Choice' und Strukturalistische Wissenschaftstheorie, in: Druwe, Ulrich, und Kunz, Volker, Hrsg., *Rational Choice in der Politikwissenschaft*, Opladen: Leske & Budrich, S. 170-205
- Enelow**, James M., und **Hinich**, Melvin J. (1984), *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*, Cambridge, England: Cambridge University Press
- Enelow**, James M., und **Hinich**, Melvin J., Hrsg. (1990), *Advances in the Spatial Theory of Voting*, Cambridge, England: Cambridge University Press
- Grofman**, Bernard, Hrsg. (1993), *Information, Participation, and Choice*, Ann Arbor: University of Michigan Press
- Hinich**, Melvin J., und **Munger**, Michael C. (1997), *Analytical Politics*, Cambridge, England: Cambridge University Press
- Kern**, Lucian, und **Nida-Rümelin**, Julian (1994), *Logik kollektiver Entscheidungen*, München-Wien: R. Oldenbourg
- Ordeshook**, Peter C. (1992), *A Political Theory Primer*, London-New York: Routledge
- Osborne**, Martin G., und **Slivinski**, Al (1996), A Model of Political Competition with Citizen Candidates, in: *Quarterly Journal of Economics*, Bd. 111, S. 65-96